

Informationsbulletin  
Nr. 101 / Februar 2017

## **In eigener Sache: Aus zwei mach drei**

Ab sofort taucht beim SOLIFONDS ein neuer Name auf: Sandra Julius. Genau genommen ist der Name nicht neu. Denn bereits vom Sommer 2015 bis Frühling 2016 hat Sandra Julius in unserem Büro gearbeitet. Zuerst als Stellvertreterin von Urs Sekinger, dann von Yvonne Zimmermann, die je einen längeren unbezahlten Urlaub bezogen haben. Diese beiden sind daraufhin mit dem Vorschlag an den Stiftungsrat gelangt, ihre Pensen von je 70 auf 50 Stellenprozent zu reduzieren. Und mit einer kleinen Erhöhung des Stellenetats sollte eine dritte Person fest angestellt werden. Der Stiftungsrat hat dem Vorschlag zugestimmt, so dass nun drei KoordinatorInnen zu je 50 Prozent im SOLIFONDS arbeiten.

Vielleicht denken Sie, die sind durch ihre Urlaube auf den Geschmack von mehr Freizeit gekommen. Stimmt, würden wir sagen, aber eine Freizeit, die es uns erlaubt, uns vertieft auf Themen auch aus dem SOLIFONDS-Kontext einzulassen, sei es durch Lektüre oder Reisen. Zeit, die uns bei 70 Stellenprozenten, die meist gegen 100 Prozent tendierten, oft gefehlt hat.

Die Arbeit des SOLIFONDS beruht in vielerlei Hinsicht auf Erfahrung und Netzwerken. Auch diesbezüglich ist die Erweiterung der Koordinationsstelle wichtig. Sandra Julius wird im Frühjahr 2019, wenn Urs Sekinger pensioniert wird, zusammen mit Yvonne Zimmermann die Kontinuität der SOLIFONDS-Arbeit garantieren.

Wir sind zu dritt gut ins neue Jahr gestartet und wir freuen uns, wenn Sie anhand unserer Bulletins, des Newsletters oder unseren Veranstaltungen an unserer Arbeit teilhaben und diese Arbeit mit Ihren Spenden unterstützen.

SOLIFONDS  
Quellenstrasse 25  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Tel. 044 272 60 37  
mail@solifonds.ch  
www.solifonds.ch  
PC 80-7761-7  
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

## **Für sichere Arbeitsplätze und faire Löhne – für Partizipation im Friedensprozess**

### **Es geht ums Leben – nicht um Profite!**



Die Schiffsabwracker am Strand von Gadani arbeiten unter gefährlichen und prekären Bedingungen.  
Bild: Yvonne Zimmermann

«Schiffsabwrackwerft in Gadani wird zum Arbeiterfriedhof» – «Arbeitssicherheit ist ein Recht – kein Privileg!» Mit diesen Slogans protestieren Arbeiter in Pakistan gegen die gefährlichen Arbeitsbedingungen an den Stränden in Gadani, wo ausrangierte Schiffe demontiert werden. Seit November sind dort 32 Arbeiter ums Leben gekommen. Die Schiffsabwracker und ihre Gewerkschaft fordern, dass endlich sichere und gesunde Arbeitsbedingungen garantiert werden müssen. Nicht länger dürfen Unternehmer für Profite das Leben von Arbeitern aufs Spiel setzen. Wenig wert war das Leben von Arbeitern auch in den Minen Südafrikas. Tausende Bergarbeiter sind an Staublunge und Tuberkulose erkrankt und wurden in der Folge entlassen. Nun haben betroffene Mineure eine Massenklage gegen Unternehmen eingereicht und fordern Entschädigung.

Heimarbeiterinnen in Pakistan fordern eine gesunde Arbeitssituation und Existenzsichernde Löhne, migrantische LandarbeiterInnen im südlichen Europa kämpfen gegen die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen in der Gemüse- und Früchteproduktion. Alle diese Arbeitsverhältnisse sind von einer Verachtung gegenüber den ArbeiterInnen geprägt und verunmöglichen ihnen ein würdiges Leben.

Gegen die Verachtung des Lebens kämpfen auch soziale Organisationen in Kolumbien. Paramilitärische Gewalt ist dort seit Beginn des Friedensprozesses erschreckend angestiegen. Frauen in Kolumbien haben enorm unter dem jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt gelitten. Umso wichtiger ist es, dass sie im laufenden Friedensprozess ihre spezifische Situation und ihre Vorschläge für einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit einbringen können. Dazu gehört auch, eine alternative, solidarische Wirtschaft aufzubauen. Soziale Bewegungen arbeiten bereits daran.

Mit der aktuellen Spendenkampagne unterstützt der SOLIFONDS den Kampf der Frauen und sozialen Bewegungen in Kolumbien um Partizipation sowie der ArbeiterInnen für gute Arbeits- und Lebensbedingungen. Es geht ums Leben – nicht um Profite!

## Pakistan: Kampf der Heimarbeiterinnen zeigt Erfolg

«Liebe SOLIFONDS-Leute, wir möchten eine gute Nachricht mit euch teilen: Der Regierungschef der Provinz Sindh in Pakistan hat eine 'policy on home based workers' angenommen!» Dies schrieb uns Zehra Khan vom Verband der Heimarbeiterinnengewerkschaften HBWWF am 10. November. Die Verabschiedung eines Grundlagenpapiers zum Schutz der HeimarbeiterInnen ist ein wichtiger Erfolg des HBWWF. Die HeimarbeiterInnen – davon gibt es in Pakistan rund 12 Millionen, die meisten von ihnen sind Frauen – gehören zu den am stärksten ausgebeuteten ArbeiterInnen. Sie arbeiten bei sich zu Hause, als letztes Glied in einer langen Kette von Auslagerungen, und verdienen einen Bruchteil des Lohns einer auch schon unterbezahlten Fabrikarbeiterin. Oft wissen sie nicht, wo ihr Produkt verkauft wird und zu welchem Preis. Mit dem Geld, das sie für ihre Arbeit erhalten, müssen sie zuerst Gas und Strom und manchmal auch Nadel und Faden, die sie für ihre Arbeit benötigen, berappen. Übrig bleibt am Ende kaum etwas.

Seit ein paar Jahren haben sich Heimarbeiterinnen, unterstützt vom HBWWF, in verschiedenen Städten und Quartieren in lokalen Gewerkschaften zusammengeschlossen. Kein einfaches Unterfangen, da die Frauen isoliert arbeiten und meist nichts über die anderen Heimarbeiterinnen und deren Arbeitsbedingungen wissen. Dank der erfolgreichen Organisationsarbeit konnten sich Heimarbeiterinnen sichtbar machen und Druck ausüben, mit der Folge, dass die Sindh-Regierung ein Grundlagenpapier zum Schutz der Heimarbeiterinnen verabschiedet hat. Es ist ein wichtiger Schritt, um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern und sie vor Ausbeutung zu schützen. Doch nun geht es darum, dass diese politische Absichtserklärung in Gesetze und Verordnungen übersetzt wird. Dazu gehört beispielsweise, einen Mindestlohn für HeimarbeiterInnen festzulegen oder die HeimarbeiterInnen in die Sozialversicherungen aufzunehmen. Dies ist denn auch das nächste Etappenziel des HBWWF. Er wird sich über die nächsten zwölf Monate mit einer Kampagne für die Umsetzung des Grundlagenpapiers einsetzen. Die Erfolge der Heimarbeiterinnen sind nicht nur für die Provinz Sindh wichtig, sondern haben eine Ausstrahlung auf ganz Pakistan und Asien, wo Heimarbeit weit verbreitet ist.



Arbeiter fordern Sicherheitsmassnahmen bei der Schiffsabwrackung.

Bild: NTUF

## Schiffsabwracker in Pakistan fordern sichere Arbeitsbedingungen

Am 1. November ereignete sich in einem Frachter im pakistanischen Gadani, wo Schiffe aus der ganzen Welt abgewrackt werden, eine schwere Explosion. Dabei kamen 26 Arbeiter ums Leben, Dutzende wurden schwer verletzt und zahlreiche Arbeiter blieben im Schiff eingeschlossen. Vor Ort gab es weder eine Feuerwehr noch Löschgeräte. Für die Arbeiter wurde der schlimmste Alptraum Wirklichkeit.

Rund 300 Arbeiter waren angeheuert worden, um das Schiff in der Werft Nr. 56 abzuwracken. Obwohl noch Öl im Tank war, mussten die Arbeiter beginnen, das Schiff zu zerlegen, damit die Arbeit schneller vorwärts ging. Als die Funken der Schneidbrenner mit den Öldämpfen im sonnenerhitzten Schiffsrumpf zusammentrafen, ergab sich eine gigantische Explosion. Arbeiter und Schiffsteile wurden über Bord geschleudert, das Schiff stand in Flammen. Während zwei Tagen brannte das Schiff weiter, es war unklar, wie viele Arbeiter sich noch darin befanden.

In der Schiffsabwrackindustrie in Gadani sind über 20'000 Arbeiter direkt oder indirekt beschäftigt. Seit langem machen sie darauf aufmerksam, dass ihre Arbeit äusserst gefährlich und prekär ist. Immer wieder passieren schwere, oft tödliche Unfälle. Schutzausrüstungen haben die Arbeiter nicht, Massnahmen für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter werden keine ergriffen. Die meisten Schiffsabwracker in Gadani sind Tagelöhner und werden nicht von den Sozialversicherungen erfasst, ihre Löhne sind äusserst gering. Kommt hinzu, dass viele von ihnen in Bretterbuden hinter den Werften hausen. Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu einem Abwassersystem haben sie nicht.

Trotz der Häufung von Unfällen in den Abwrackwerften existiert kein Spital für Notfälle in Gadani. Verletzte Arbeiter müssen über weite Distanzen gefahren werden, wie im jüngsten Fall ins 57 Kilometer entfernte Karachi. Ambulanzfahrzeuge stehen nicht zur Verfügung, weil sie von den Werftbesitzern meist zu privaten Zwecken verwendet werden.

Die gewerkschaftliche Organisation der Schiffsabwracker wird torpediert, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte werden in den Werften von Gadani nicht eingehalten. Mehrmals wurde die von den Arbeitern gegründete Gewerkschaft als illegal erklärt.

Seit der Katastrophe im November sind sechs weitere Arbeiter in Gadani ums Leben gekommen. Erstmals zeigen sich die Behörden nun offen dafür, gesetzliche Regelungen zu erlassen. Ebenfalls haben viele Arbeiter in den Abwrackwerften die Angst vor Repression überwunden und nehmen an gewerkschaftlichen Anlässen teil. In dieser Situation verstärkt der Gewerkschaftsdachverband NTUF zusammen mit der Gewerkschaft der Schiffsabwracker (Shipbreaking Workers' Union) seine Mobilisierungsarbeit. Er fordert, dass endlich Gesetze zum Schutz der Arbeiter erlassen und durchgesetzt werden.



Frauen in Diskussion zu Frieden und Partizipation.

Bild: Yvonne Zimmermann

## Kolumbien: Stimmen der Frauen sind für Frieden wichtig

In Kolumbien wird seit Ende 2016 das im November unterzeichnete Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Guerilla FARC-EP schrittweise umgesetzt. Gleichzeitig hat Gewalt durch Paramilitärs deutlich zugenommen: Morde an Führungspersonen und Mitgliedern sozialer Bewegungen sind angestiegen. Hinzu kommen Attentate, Verschwindenlassen, Vertreibungen und Todesdrohungen. Allein 2016 wurden 117 VertreterInnen von Basisbewegungen umgebracht, in den ersten Wochen des neuen Jahres waren es 15. Die Täter bleiben ungestraft. Der Verteidigungsminister behauptete im Januar gar, dass keine Paramilitärs existierten. Damit das Friedensabkommen erfolgreich umgesetzt wird, wären aber Sicherheitsgarantien und die Zerschlagung paramilitärischer Strukturen nötig, ebenso wie eine breite Partizipation der Bevölkerung, die am stärksten vom Konflikt betroffen ist.

In diesem aktuellen Kontext will die alternative Medienplattform Colombia Informa die Stimme der Frauen stärken und ihre Partizipation am Friedensprozess fördern. Dafür ist es wichtig, dass ihre spezifische Situation, ihre Betroffenheit vom Konflikt und ihre Vorschläge für die Schaffung von Frieden sichtbar gemacht werden und in eine gesellschaftliche Diskussion einfließen. Dafür führt Colombia Informa eine mehrtägige Kommunikationsschule für Frauen durch. Teilnehmerinnen aus verschiedenen Organisationen und Regionen werden ermutigt, aus ihren konkreten Situationen heraus zu berichten, und sie erlernen Techniken, um ihre spezifische Betroffenheit und Perspektive einem breiteren Publikum zu vermitteln. Dazu gehören Workshops zum Verfassen von journalistischen Texten ebenso wie Wissensaneignung über das Funktionieren der digitalen Medien und dazu, wie sie diese für ihre Kommunikation nutzen können.

### Ohne Partizipation finden für Frieden nötige Veränderungen nicht statt

Soziale Bewegungen stellen seit langem klar, dass Frieden nicht Absenz von Waffengewalt bedeutet, sondern eine soziale Transformation beinhalten muss. Dies setzt gesellschaftliche Diskussionen sowie die Partizipation der Bevölkerung am Friedensprozess voraus. Die Ursachen des Konflikts – dazu gehört zum Beispiel die krasse soziale Ungleichheit – müssen beseitigt werden. Die Gewerkschaft der Erdölarbeiter USO und die Cumbre Agraria, Étnica y Popular, ein breiter Zusammenschluss sozialer Organisationen, haben zahlreiche regionale Friedensversammlungen durchgeführt, an welchen die TeilnehmerInnen ihre Vorschläge für Frieden mit sozialer Gerechtigkeit eingebracht haben. Und im November 2016 haben mehrere Hundert Organisationen den Vorschlag für einen landesweiten Dialog mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung präsentiert, ein «Runder Tisch für Frieden» soll daraus entstehen.

Anfang Februar sind zudem Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der zweiten Guerilla, der ELN, aufgenommen worden. Darin ist Partizipation der Bevölkerung ein zentraler Punkt.

## Kolumbien: Bewegungen bauen solidarische Wirtschaft auf

Im Zuge des bewaffneten Konflikts sind in Kolumbien rund sechs Millionen Menschen, mehrheitlich Bauern und Bäuerinnen, gewaltsam vertrieben worden, die nun die Armutsgürtel der grossen Städte bevölkern. Die ungerechte Landverteilung hat sich weiter verschärft, Monokulturen haben sich ausgedehnt. Seit langem kämpfen Bauernbewegungen gegen die Vertreibung der Landbevölkerung und widersetzen sich der Agrarindustrie sowie dem Bergbau. Zum Widerstand gegen ein zerstörerisches Modell gehört für die Bauernbewegungen aber auch der Schutz des traditionellen, gentechfreien Saatguts sowie der Aufbau einer solidarischen Ökonomie. Um die Abhängigkeit von Konzernen und Grossverteilern zu durchbrechen, ist es für die Kleinbauern und -bäuerinnen wichtig, ihre Produkte zu verarbeiten und eigene Verkaufsmöglichkeiten zu schaffen.

Das kolumbianische Netzwerk von Gewerkschaften und Sozialbewegungen REDHER hat die Idee aufgenommen und baut mit einer Starthilfe durch den SOLIFONDS einen Laden in Bogotá auf, in welchem landwirtschaftliche Produkte aus kleinbäuerlicher Produktion verkauft werden. Ein Teil des Ladenraums wird Verkaufsfläche und Cafeteria, ein weiterer Teil dient der Verarbeitung und Verpackung von Produkten. Der Raum soll ebenfalls für Veranstaltungen und Workshops zur Verfügung stehen, etwa zu den Themen urbane Landwirtschaft, Heilpflanzen oder Umstellung auf Bio-Landwirtschaft.

Durch den Verkauf der kleinbäuerlichen Produkte, die Veranstaltungen und die Cafeteria als Treffpunkt dient der Laden dazu, die Verbindungen zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung zu vertiefen. Die KleinbäuerInnen und ihre Situation wurden bisher von der städtischen Bevölkerung kaum wahrgenommen. Erst mit dem landesweiten Agrarstreik 2013 wurde für viele StädterInnen deutlich, dass es die Bauern und Bäuerinnen sind, die Nahrung für das Land anbauen – und welchem Druck sie etwa infolge der Freihandelspolitik ausgesetzt sind.

**Wir danken Ihnen  
herzlich für Ihre  
Unterstützung !**

## Südliches Afrika: Erkrankte Minenarbeiter fordern Entschädigung



Erkrankte Minenarbeiter und Witwen diskutieren Klagen gegen Bergbauunternehmen.

Foto: REUTERS/Mike Hutchings

«Durchbruch für den nächsten Wachstumsschub: Wie in afrikanische Minen investieren, um langfristige Profite zu machen?» Unter diesem Motto trafen sich Minenunternehmer, Minister und PolitikerInnen Anfang Februar in Kapstadt zur jährlichen Minenkonferenz (Mining Indaba). Parallel dazu fand das alternative Mining Indaba statt, bei dem die Probleme der von Minen betroffenen Gemeinden, die Missachtung ihrer Mitentscheidungsrechte, die Auswirkungen des Bergbaus auf die Umwelt sowie die sozialen und gesundheitlichen Folgen für die ArbeiterInnen in der Minenindustrie thematisiert wurden. Der SOLIFONDS machte es möglich, dass Vama Jele, Sekretär der Vereinigung der migrierenden Minenarbeiter aus Swasiland (SWAMMIWA), mit dabei war.

Swasiland, die (ehemaligen) Homelands und die umliegenden Staaten versorgen und versorgen die südafrikanische Minenindustrie laufend mit billigen Arbeitskräften – auch nach dem Ende der Apartheid. Wenn benötigt, können sie schnell gerufen werden und ebenso schnell werden sie wieder an ihre Herkunftsorte zurückgeschickt, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.

Staublungen, Tuberkulose und HIV sind im Minensektor aufgrund der Arbeits- und Lebensbedingungen weit verbreitet. Erkrankte Arbeiter werden entlassen, ohne dass ihnen Mittel für die gesundheitliche Pflege, geschweige denn Pensionen ausbezahlt werden. SWAMMIWA organisiert die entlassenen und zurückgeschickten Minenarbeiter und ist in Südafrika an einer Sammelklage gegen die Minenunternehmen beteiligt.

### Tausende Minenarbeiter klagen gegen Minenunternehmen

Landile Quebula hat 33 Jahre lang in einer südafrikanischen Goldmine im Untergrund gearbeitet. Jetzt sitzt er im Rollstuhl, hat grosse Mühe zu atmen und muss schauen, wie er seine elfköpfige Familie mit umgerechnet hundert Franken im Monat über Wasser halten kann. Landile Quebula hat 2010 seinen Job verloren, weil bei ihm Silikose diagnostiziert worden ist. Er teilt das Schicksal von Hunderttausenden Minenarbeitern seit der Entdeckung der grossen Goldvorkommen Anfang des letzten Jahrhunderts.

Schon damals war bekannt, dass der Staub in den Minen zu Silikose führen kann. Aber südafrikanische Gesetze verunmöglichten es Minenarbeitern, wegen Schädigungen ihrer Lungen Klagen einzureichen. Das änderte sich erst 2011, nachdem das oberste südafrikanische Gericht Minenarbeitern das Recht zu klagen zugesprochen hatte.

Im Mai 2016 wurde eine Sammelklage von mehreren Tausend Minenarbeitern, die an Silikose, Tuberkulose oder HIV erkrankt waren, in Südafrika zugelassen. Schätzungen gehen von alleine 200'000 an Silikose Erkrankten aus. Sie alle waren nach der Krankheitsdiagnose entlassen und in ihre Herkunftsländer zurückgeschoben worden. Jetzt fordern sie Entschädigungen und unentgeltliche medizinische Versorgung.

### Die Schattenseite der roten Tomate

Ende November organisierte der SOLIFONDS eine Veranstaltungsreihe mit Carmen Cruz und Spitou Mendy von der südspanischen LandarbeiterInnen-gewerkschaft SOC-SAT sowie Papa Latyr Faye vom Verein «Ghetto out – Casa Sankara» in Apulien. Sie thematisierten die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die sozialen Kämpfe von illegalisierten LandarbeiterInnen in der Landwirtschaft in Südeuropa. (Vertiefte Informationen liefert die Broschüre «Willkommen bei der Erbeernte!» Ein Flyer liegt diesem Bulletin bei.)

Während der SOLIFONDS seit längerem mit SOC-SAT zusammenarbeitet, kam mit dieser Veranstaltungsreihe der von LandarbeiterInnen gegründete Verein «Ghetto out – Casa Sankara» neu hinzu. Der Verein fördert die Selbstorganisation der migrantischen ArbeiterInnen und setzt sich für die Rechte aller LandarbeiterInnen ein, die in Süditalien hauptsächlich in der Tomatenernte eine Arbeit finden. Zu Tausenden kommen sie jedes Jahr vor allem aus Ländern der Sub-Sahara. Exemplarisch für ihre Lebensumstände und Kämpfe ist das so genannte Ghetto von Rignano, nahe Foggia. In der Hochsaison leben bis zu 2'000 LandarbeiterInnen in diesem Ghetto aus Karton- und Plastikhütten. Das Ghetto sowie die Vergabe der Arbeit in den Feldern werden durch mafiose Netzwerke verwaltet. «Ghetto out – Casa Sankara» setzt sich dafür ein, dass die Ghettos geschlossen und die Menschen in würdigen Unterkünften untergebracht werden.

Anfang Dezember 2016 erreichte ein Notruf von Casa Sankara den SOLIFONDS. Ein Ghetto war in Flammen aufgegangen. Die Menschen hatten alles verloren. Casa Sankara setzte alle Hebel in Bewegung, um für die Betroffenen Unterkunft, Kleidung und Nahrungsmittel zu beschaffen. Eine rasche finanzielle Unterstützung durch den SOLIFONDS war der Casa Sankara eine grosse Hilfe in einer sehr schwierigen Situation, wie sie schreibt.

#### Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»

Redaktion:  
Sandra Julius, Urs Sekinger,  
Yvonne Zimmermann,

Druck: printoset, Zürich